



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 30. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. Oktober 2019, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Bernd Heinemann (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	i. V. von Regina Poersch
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Stephan Holowaty (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	

### **Fehlende Abgeordnete**

Tobias von der Heide (CDU)  
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Planungen für die Ausrichtung der Fehmarnbelt Days 2020</b>	<b>4</b>
	Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD) Umdruck 19/3027	
<b>2.</b>	<b>a) Verfahrensfragen zur Umsetzung von BSPC-Resolutionen</b>	<b>5</b>
	<b>b) Evaluierung der Umsetzung der BSPC-Resolutionen</b>	<b>5</b>
	BE: Dr. Tobias Etzold, Forum Nordeuropäische Politik e. V.	
<b>3.</b>	<b>Bericht über die Reise des Europaausschusses nach Südtirol, gemeinsame EntschlieÙung zur Minority-SafePack-Initiative und Verfahrensfragen</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Gesetzentwurf über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig- Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland</b>	<b>8</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1682	
<b>5.</b>	<b>Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2019</b>	<b>9</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1683	
<b>6.</b>	<b>Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung</b>	<b>10</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1434	
<b>7.</b>	<b>Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Altenparlament“</b>	<b>11</b>
	Umdruck 19/2954	
<b>8.</b>	<b>Terminplanung 2020</b>	<b>12</b>
<b>9.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird mit der Maßgabe gebilligt, Punkt 1 der Tagesordnung - Bericht der Landesregierung über die Planungen für die Ausrichtung der Fehmarnbelt Days 2020 - abzusetzen. Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt auf die Tagesordnung seiner kommenden Sitzung zu setzen.

Gleichzeitig beschließt der Ausschuss, seine für den 20. November 2019 geplante Sitzung auf den 27. November 2019, um 9:30 Uhr, zu verschieben.

**1. Bericht der Landesregierung über die Planungen für die Ausrichtung der Fehmarnbelt Days 2020**

Antrag des Abg. Bernd Heinemann (SPD)  
[Umdruck 19/3027](#)

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

## 2. a) Verfahrensfragen zur Umsetzung von BSPC-Resolutionen

### b) Evaluierung der Umsetzung der BSPC-Resolutionen

BE: Dr. Tobias Etzold, Forum Nordeuropäische Politik e. V.

Abg. Heinemann kündigt an, für die nächste Plenartagung möglichst einen interfraktionellen Antrag zur Umsetzung der Resolutionen sowohl von der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) als auch des Parlamentsforums Südliche Ostsee (PSO) vorzulegen, in dem es darum gehen solle, dass die gemeinsam gefassten Beschlüsse umgesetzt werden sollten. Dieser Antrag trage die Drucksachenummer 19/1786.

Abg. Holowaty und Abg. Lehnert sagen die Prüfung zu, ob ein Beitritt zu dem Antrag für ihre jeweiligen Fraktionen infrage komme.

Herr Dr. Etzold vom Forum Nordeuropäische Politik e. V. führt zur Evaluierung der Umsetzung der BSPC-Resolutionen ein. Er sei Verfasser einer wissenschaftlichen Analyse, die Stellungnahmen verschiedener Gebietskörperschaften auf die jeweilige Resolution begutachten, zusammenfassen und wichtige Punkte herausgreifen wolle. Daraus würden auch Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die zukünftige Arbeit der BSPC gezogen. Die Resolution der BSPC von 2018 umfasse 28 Paragraphen und sei damit etwas kürzer als vorherige Resolutionen. Dementsprechend seien auch die Stellungnahmen der Regierungen dazu größtenteils etwas kürzer ausgefallen. Zwölf Regierungen hätten Stellung genommen.

Herr Dr. Etzold trägt im Weiteren die Schwerpunkte seiner Präsentation (siehe **Anlage 1** zu dieser Niederschrift) vor. Eine generelle Frage, die sich bei den Stellungnahmen zu den Resolutionen stelle, sei, ob diese dazu dienen sollten, dass Regierungen die Gelegenheit nutzten, Rechenschaft über die vergangenen Tätigkeiten abzulegen oder ob man auch einen Ausblick auf zukünftige Planungen geben wolle. Er schildert seine Beobachtungen, dass es in Oslo bei der Beratung der Resolution relativ wenige Debatten gegeben habe. Zu überlegen sei, zukünftig zu versuchen, mehr Debattenkultur zuzulassen, um die Veranstaltung offener und lebendiger zu gestalten.

Abg. Holowaty greift das Thema der Debattenkultur auf und problematisiert, dass im Plenum häufig nur Statements abgegeben würden. Er weist auf die unterschiedlichen Strukturen der Delegationen aus unterschiedlichen Ländern hin und stellt die Frage in den Raum, ob nicht

zum Beispiel das Standing Committee ein Ort sein könne, um ein offeneres Diskussionsformat zu nutzen, um zu einem intensiveren Gedankenaustausch in einem strukturierten Format zu kommen.

Abg. Heinemann weist darauf hin, dass es sich bei der Ostseeparlamentarierkonferenz um einen Zusammenschluss von Parlamentarierinnen und Parlamentariern handele, eine Einbeziehung von Regierungen erfordere, eine ganz andere Satzung oder Grundlage zu schaffen. Er zieht den Vergleich zum Nordischen Rat, in dem Schleswig-Holstein nur einen Beobachterstatus habe.

Abg. Baasch hebt hervor, dass es keinen Mangel an einem Austausch von Regierungen gebe, sondern seiner Ansicht nach eher einen Mangel an Selbstbewusstsein von Parlamenten. Ein offener Erfahrungsaustausch sei aber in der Tat schwierig. Er regt an, das unter anderem durch die Proteste von „Fridays for Future“ stärker auf die Agenda gehobene Thema Klimaschutz zu einem Thema der kommenden BSPC zu machen.

Abg. Holowaty spricht sich dafür aus, das Thema der anderen Formate der BSPC in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu thematisieren.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

### **3. Bericht über die Reise des Europaausschusses nach Südtirol, gemeinsame EntschlieÙung zur Minority-SafePack-Initiative und Verfahrensfragen**

Der Vorsitzende weist auf Veröffentlichungen in Südtiroler Tageszeitungen zur Reise hin, die er dem Ausschuss ebenso zur Verfügung gestellt habe wie weitere Unterlagen. Aus den Gesprächen mit dem Landtag sei erwachsen, dass man sich noch einmal mit dem Thema Minority SafePack beschäftigen wolle. Ein Antrag dazu solle in den Südtiroler Landtag eingebracht werden, mit diesem solle die italienische Regierung aufgefordert werden, sich auf europäischer Ebene für Minority SafePack einzusetzen und dies in der Europäischen Kommission als Arbeitsschwerpunkt festzulegen. Man werde versuchen, dies parallel auch in Schleswig-Holstein zu machen. Die entsprechende Resolution müsse für Schleswig-Holstein überarbeitet werden, um als Landtagsantrag eingebracht werden zu können.

Abg. von der Heide hebt hervor, dass er die Reise als sehr interessant und die Gesprächspartner als hochkarätig empfunden habe. Er spricht den Besuch bei der ladinischen Volksgruppe an, von der auch die friesische Minderheit als sprachliche Minderheit lernen könne.

Abg. Pauls nimmt Bezug auf die Minority-SafePack-Initiative und legt dar, dass eine gemeinsam gefasste Resolution ein Ausdruck von Stärke sein könne. Sie kündigt an, bei einer bevorstehenden Sitzung des Friesengremiums die Erkenntnisse mit der ladinischen Volksgruppe aus Südtirol noch einmal einzubringen. Kurz geht sie auf die mediale Repräsentation der ladinischen Sprache mit einer eigenen Nachrichtensendung zur besten Sendezeit ein.

Abg. Holowaty weist auf den Landtagsbeschluss zu Minority SafePack hin und stellt die Frage in den Raum, wo der Auslöser dafür gewesen sei, sich noch einmal mit dem Thema zu befassen. - Die Frage von Abg. Holowaty aufgreifend, weshalb ein neuer Landtagsbeschluss notwendig sei, weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Unterschriftensammlung unter dem alten Europäischen Parlament stattgefunden habe. Jetzt solle die Aufforderung erfolgen, dass sich das neue Europäische Parlament intensiv mit dieser Angelegenheit befasse. Es solle deutlich werden, dass Minderheiten und Minderheitenschutz einen besonderen Stellenwert in der Europapolitik hätten. Damit solle die Kontinuität über verschiedene europäische Legislaturperioden hin gewahrt werden. Zudem solle der Bereich der Minderheiten offiziell in einen der Aufgabenbereiche der Kommissare der Europäischen Kommission aufgenommen werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**4. Gesetzentwurf über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig- Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/1682](#)

(überwiesen am 25. September 2019 an den **Europausschuss**, den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss)

Einleitend weist der Vorsitzende auf die von der Landesregierung übersandten Stellungnahmen hin, die in der Verbändeanhörung bei der Landesregierung eingegangen seien (vertraulicher [Umdruck 19/3166](#)).

Abg. Pauls spricht die Notwendigkeit der Durchführung einer eigenen Anhörung an. Ihrer Ansicht nach müsse, wenn die bei der Landesregierung eingegangenen Stellungnahmen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt würden, zumindest eine mündliche Anhörung stattfinden.

Abg. von der Heide plädiert dafür, die Beratungen des Punktes zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen, weil der Landesrechnungshof Anmerkungen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu dem Thema gemacht habe. Diese Anmerkungen sollte man sich noch einmal genauer angucken.

Nach einer Beratung über die Durchführung einer Anhörung kommt der Ausschuss überein, die Landesregierung um die Übermittlung der Ergebnisse der von der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf durchgeführten Anhörungen zu bitten, und beschließt, zu dem Tagesordnungspunkt seine Beratungen in seiner nächsten Sitzung fortzusetzen.

**5. Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2019**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1683](#)

(überwiesen am 25. September 2019 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Pauls schlägt vor, zu dem inhaltsreichen Bericht eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Abg. Lehnert unterstreicht, dass die Durchführung einer mündlichen Anhörung bei einem schriftlich vorliegenden Bericht ungewöhnlich sei, und bittet um Bedenkzeit für die Koalition.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner Sitzung am 27. November 2019 zu beschließen, ob eine mündliche Anhörung durchgeführt werden soll.

**6. Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1434](#)

(überwiesen am 16. Mai 2019 an den **Bildungsausschuss** und den Europausschuss)

Abg. Heinemann schlägt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass noch nicht feststehe, welche Mittel in der nächsten Förderperiode zur Verfügung stünden, vor, die Beratung des Antrags der Abgeordneten des SSW bis zum Frühjahr zurückzustellen.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

**7. Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Altenparlament“**

[Umdruck 19/2954](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis und stellt den Fraktionen anheim, Initiativen daraus zu entwickeln.

## **8. Terminplanung 2020**

Der Ausschuss beschließt die Terminplanung für das Jahr 2020 ([Umdruck 19/3102](#)) und beschließt gleichzeitig, in der Zeit vom Sonntag, den 6. September bis Mittwoch, dem 9. September 2020, eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen. Sodann beschließt er, die für den 20. November 2019 geplante Sitzung des Europaausschusses auf den 27. November 2019 um 9:30 Uhr zu verlegen.

## **9. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer